

Rede Pako 07.10.25

Wir protestieren heute gegen den 2 Jahre andauernden Genozid in Gaza. Die israelische Armee und ihre Unterstützer führen diesen Krieg ohne jegliche Einschränkung weiter mit toten Zivilist:innen in hoher Zahl, dem Hunger und der Zerstörung von Häusern und Städten. Und dies geschieht, obwohl Trump als Hauptunterstützer des Staates Israel sich unter dem Druck massiver internationaler Proteste gezwungen sahen, einen so genannten Friedensplan zu präsentieren.

Die bunte Vielfalt auf der heutigen Protestdemonstration und –kundgebung ist ein ermutigendes Zeichen für die starke internationale Unterstützung, die die palästinensische Bewegung in ihrem Widerstand gegen Kriegsverbrechen, Genozid, Rassismus und Apartheid hat. Mit dabei ist heute unsere Schirmfrau Prof. em . Fanny-Michaela Reisin, die die jüdische Stimme mitbegründet hat. Sie ist zu unserer Unterstützung extra aus Berlin angereist. Ich begrüße sie bei dieser Gelegenheit herzlich. Mit der jüdischen Stimme bildet die Palästinasolidarität eine Bewegung gegen Kolonialismus, Rassismus für ein Zusammenleben mit Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Das Palästinakomitee und Free Palestine haben aber auch über die gesamten 2 Jahre viel Solidarität von den zahlreichen antirassistischen, antimilitaristischen und antifaschistischen Organisationen und Personen bekommen die in Stuttgart aktiv sind. Ich begrüße für das Palästinakomitee viele Freunde, die heute mit uns auf dem Kundgebungsplatz sind. Ich begrüße auch die Musiker:innen, Kazem Jabalee, die Rapper Nadim und Toba Borke und nicht zuletzt das deutsch-jüdische Ensemble Tadamoun.

Wir erinnern uns, die Ansage der israelischen politischen und militärischen Führung war bereits am 7. Oktober 2023 klar, sie werden einen Krieg gegen die Bevölkerung von Gaza führen. Der stellvertretende Knessetsprecher Vaturi twitterte an diesem Tag: Jetzt werden wir den Gazastreifen vom Antlitz der Erde tilgen. Hochrangige israelische Militärs und politische Vertreter kündigten die völlige Zerstörung der Infrastruktur und die Blockade des Gazastreifens an. Zwei Tage später sprach der damalige Kriegsminister Gallant von menschlichen Tieren, mit denen entsprechend umgegangen werde und Präsident Herzog rechtfertigte am 12. Oktober 2023 ein Vorgehen, das keinen Unterschied machen sollte zwischen bewaffneten Kämpfern und Zivilisten. Mitte Oktober 2023 legte dann die Ministerin für die Geheimdienste Gamiel einen Plan dafür vor, wie die palästinensische Bevölkerung von Gaza in die Sinaiwüste transferiert werden könne. Und fast die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens wurde wenig später in Richtung Süden vertrieben.

Es ist nur allzu deutlich, der Staat Israel, beherrscht von der rassistischen Apartheid-Ideologie des Zionismus, suchte eine weitere Gelegenheit, einen großen Teil der palästinensischen Bevölkerung loszuwerden. Die mehr als 2 Millionen umfassende

Bevölkerung von Gaza gehört in ihrer Mehrheit zu den Flüchtlingen aus der Nakba von 1948, als Hunderttausende von zionistischen Milizen mit Massakern vertrieben wurden und die mit der Staatsgründung Israels verbunden ist. Viele Flüchtlinge wurden damals in einer kleinen Ecke am Rand Palästinas zusammengedrängt. Das ist der heutige Gazastreifen, der in dieser Form erst infolge der Nakba von 1948 entstanden ist. Die Bevölkerung von Gaza repräsentiert mit am stärksten das Recht auf Rückkehr der Palästinenser:innen in ihre Dörfer und Häuser, ein Grundrecht, das der Staat Israel mit seiner rassistischen Apartheidideologie diesen Menschen seit 77 Jahren verweigert. Die Dörfer und Städte dieser Palästinenser:innen befinden sich größtenteils im Gebiet rund um den Gazastreifen und die ehemalige Heimat ist von den Flüchtlingslagern aus größtenteils gut sichtbar.

In den zwei Jahren genozidalem Krieg hat der zionistische Nationalismus, nochmals der Weltöffentlichkeit sein hässliches Gesicht gezeigt. Nicht nur der UN-Menschenrechtsrat, sondern auch bekannte Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und B'Tselem haben den Charakter des Völkermords für den Krieg gegen Gaza in ihren Studien gut belegt, ein Haftbefehl des internationalen Strafgerichtshofs läuft nicht nur gegen MP Netanjahu, sondern auch seinen ehemaligen Kriegsminister Gallant, und gegen Generalstabsschef Herzl Halevi. Viele weitere Anzeigen und Verfahren wurden auch gegen israelische Soldaten wegen Kriegsverbrechen gestartet. Eine große Gruppe führender Politiker der letzten und der aktuellen deutschen Bundesregierung sind ebenfalls angezeigt oder angeklagt, Sie gehören zu den Hauptunterstützern des genozidalen Krieges. Mit Waffenlieferungen und politischen Rückhalt für die ultrarechte Netanjahu-Regierung haben sie für alle offensichtlich gegen die Verpflichtungen der Bundesrepublik als Unterzeichnerstaat der Völkermordkonvention verstoßen. Mit der scharfen Repression gegen Palästinenser:innen und der Palästinasolidarität einschließlich der jüdischen Aktivist:innen haben sie die demokratischen Rechte vielfach massiv verletzt. Der Missbrauch des Antisemitismusvorwurfes zur Verschleierung von israelischen Kriegsverbrechen gefährdet den Kampf gegen den wirklichen Antisemitismus, der größtenteils von rechts kommt und er gefährdet v.a. Migrant:innen indem er den Rassismus gegen sie befeuert und versucht, sie mit den Verbrechen der deutschen Rechten zu belasten.

Die deutsche politische Führung betreibt eine so genannte Vergangenheitsbewältigung auf dem Rücken der Opfer von Kolonialismus. Das gilt quer durch alle Parteien von der CDU bis zu den Grünen, wobei die AFD mit ihren Kontakten zu Neonazis den rassistischen und militaristischen Ethnostaat Israel geradezu als ein Idealmodell ansieht. AFD-Politiker unterhalten engste Verbindungen zur israelischen Rechten. Nie wieder gilt für alle, für die Opfer des Nazi-Faschismus und für die Opfer jeglichen Kolonialismus und anderer.

Heute ist klar. Netanjahu und die israelische Ultrarechte sind gescheitert mit ihren Vertreibungsplänen trotz zwei Jahren brutalster Kriegsführung und jeglicher Unterstützung durch den so genannten demokratischen Westen . Sie sind gescheitert an der Standhaftigkeit der Palästinenser und am starken Widerstand der Zivilbevölkerung weltweit, einer Zivilbevölkerung, die ihre Regierungen herausforderte mit Streiks und Demonstrationen mit Beteiligung vieler Hunderttausender in Italien sogar Millionen und die inzwischen sogar sehr effektiv Waffenlieferungen an die israelische Armee verhindern kann.

Doch jetzt versuchen Trump und die rassistischen israelischen Kräfte mit den Mitteln einer Friedensshow das Weiterbestehen der Besatzung durchzusetzen, ein Erpressungsversuch vor dem Hintergrund der extremen Zerstörung der Lebensgrundlagen für die palästinensische Bevölkerung in Gaza. Der Trumpplan missachtet die palästinensischen Rechte, vor allem die Selbstbestimmung. Trump sowie der ehemalige britische Premier Tony Blair, die bereits früher versuchten, sich mit abenteuerlichen Gaza-Riviera-Plänen und der Gaza Humanitarian Foundation, die humanitäre Organisationen als Todesfalle bezeichnen, zu bereichern wollen den Wiederaufbau von Gaza für ihren eigenen Profit in die Hand bekommen. Die schwer von Kriegsverbrechen belastete israelische Armee bekommt bei ihnen viel Handlungsspielraum, um den Abzug hinauszuzögern und möglichst sogar ganz verhindern.

Nicht mit uns. Wir schließen uns den starken internationalen zivilgesellschaftlichen Bewegungen an, den Millionen Streikenden und Demonstrierenden in Italien, Spanien, Griechenland und vielen anderen Ländern.

Wir fordern heute

Ein sofortiges Ende des genozidalen Kriegs

Den sofortigen und vollständigen Abzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen und auch aus der Westbank

Ein sofortiges Ende der Besatzung

Der Wiederaufbau und die Verwaltung von Gaza muss selbstbestimmt und demokratisch geschehen und in palästinensischer Hand bleiben

Wir fordern Rechenschaft für die Kriegsverbrechen der israelischen Armee, Regierung und anderer Verantwortlicher sowie Reparationen für die Zerstörungen der Städte und Dörfer Gazas -Netanjahu, Gallant, Halevi und viele andere Verantwortliche für Völkermord und Kriegsverbrechen müssen sich vor dem Internationalen Gerichtshof verantworten

Wir machen uns stark für ein Ende der rassistischen Ideologie des Zionismus. Das ist eine grundlegende Voraussetzung für ein Zusammenleben ohne Diskriminierung und in Frieden.

Stoppt jegliche militärische Zusammenarbeit mit dem Staat Israel.

Beendet die Apartheid made in Israel

Stoppt die Zusammenarbeit mit den israelischen Apartheid- und Besatzungspolitikern und -institutionen

Keine imperiale Einmischung in die Nahostregion

Es lebe die internationale Solidarität